

## **Klimaschutz braucht jetzt den konsequenten Einsatz aller Parteien**

Parlamentarischer Umweltausschuss tagt am 16. Dezember erstmals zum Klimavolksbegehren

(Wien, 10. Dezember 2020)

Am 16. Dezember tritt der Umweltausschuss des österreichischen Parlaments zusammen, um über das Klimavolksbegehren (KVB) zu beraten. Der Ausschuss verhandelt zunächst die ersten beiden Forderungen des KVB: ein Recht auf Klimaschutz in der Verfassung und den Stopp klimaschädlicher Treibhausgase in Österreich bis 2040. Dazu Katharina Rogenhofer, Sprecherin des KVB: „Die Abgeordneten im Umweltausschuss müssen jetzt mutig vorangehen, denn es geht um nichts Geringeres als unsere Lebensgrundlagen. Es braucht ein Gesetz, das Klimaschutz verbindlich festschreibt. Ein gemeinsamer Beschluss über Parteigrenzen hinaus könnte schon im Jänner feststehen - wenn die Parteien es wollen!“

### **Die Lösungen sind da, fehlt nur noch der politische Wille**

Die OrganisatorInnen des Volksbegehrens haben dazu gemeinsam mit KlimaexpertInnen und JuristInnen bereits zentrale Vorschläge für ein Klimaschutzgesetz ausgearbeitet. Ein verbindliches nationales CO<sub>2</sub>-Budget kann den Ausstoß von Treibhausgasen jährlich vermindern. Gesetzlich verankerte Meilensteine bei der Reduktion stellen die Klimaneutralität Österreichs bis 2040 sicher, und eine unabhängige Kontrollinstanz, ein „Klimarechnungshof“, muss die Einhaltung des CO<sub>2</sub>-Budgets prüfen. Damit sollen klare Regeln geschaffen werden, um langfristig erfolgreiche Klimapolitik zu gewährleisten. Im Umweltausschuss werden neben drei VertreterInnen des Klimavolksbegehrens insgesamt drei ExpertInnen pro Fraktion zu den Forderungen des Klimavolksbegehrens Stellung beziehen. Darunter sind Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl (WU Wien), Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher (IHS) und Univ.-Prof. Dr. Gottfried Kirchengast (Wegener Center für Klima und Globalen Wandel)

### **Die Gelegenheit ist jetzt**

Auch international stehen die Zeichen auf Fortschritt in der Klimapolitik. Mit Verweis auf die Rückkehr der USA zum Pariser Klimaabkommen und die EU-weiten Verhandlungen zum Reduktionsziel 2030 appelliert Rogenhofer an den Umweltausschuss: „Die Abgeordneten müssen die politischen und wirtschaftlichen Weichen stellen, damit Österreich nicht weiter Schlusslicht bleibt. Und zwar jetzt!“

### **Weitere Sitzung im Jänner und historischer Live-Stream**

Die zweite Sitzung des Umweltausschusses zum Klimavolksbegehren ist für den 13. Jänner 2021 anberaumt. Die Sitzungen des Umweltausschusses können erstmalig in der Geschichte per Live-Stream über die Homepage des Parlaments verfolgt werden.



**Informationen & Bilder:** <https://klimavolksbegehren.at/presse/>

**Link zum Live-Stream:** <https://klimavolksbegehren.at/ausschusssitzung/>

**Zum Klimavolksbegehren:**

Der dringliche Ruf nach einer langfristigen Klimapolitik ist unüberhörbar! Mehr als 380.590 Menschen haben das Klimavolksbegehren unterzeichnet. Mit den zahlreichen Unterschriften muss unser Anliegen nun im Nationalrat behandelt werden. Mit über 1000 Freiwilligen wird sich das Klimavolksbegehren dafür einsetzen, dass Klimaschutzpolitik nicht nur eine Sammlung von vereinzelt Ankündigungen bleibt, sondern endlich in die Umsetzung kommt! Die Nationalratssitzung wird zeigen wie ernst Klimaschutz der Politik ist!

Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: [klimavolksbegehren.at](https://klimavolksbegehren.at)

**Pressekontakt:**

Mag. Kathrin Resinger, MA  
Klimavolksbegehren | Leitung Team Presse  
+43 (0) 677 63 751 340  
[k.resinger@klimavolksbegehren.at](mailto:k.resinger@klimavolksbegehren.at)